

Alles eine Frage der Verteilung

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich war eine Ursache für die Finanzkrise, sind immer mehr Ökonomen überzeugt.

► **Einkommensungleichheit destabilisiert Volkswirtschaften.**

► **Haushalte gleichen sinkende Löhne mit Krediten aus.**

► **Schafft die Finanzindustrie nur scheinbaren Wohlstand?**

Hans Christian Müller
Berlin

Der Klassenkampf war lange verschwunden aus dem Vokabular der Ökonomen. Die meisten Forscher interessierten sich nicht mehr für die Unterschiede zwischen den einzelnen Schichten der Gesellschaft, zwischen Armen und Reichen, Arbeitenden und Vermögenden. Die Stoßrichtung gab Nobelpreisträger Robert Lucas vor: Ökonomen sollten sich nicht von der gefährlichen Versuchung verführen lassen, sich mit Verteilungsfragen zu beschäftigen, schrieb er vor gut zehn Jahren. Wer den Wohlstand mehren wolle, der solle nicht umverteilen, sondern für Wachstum sorgen.

Inzwischen aber findet in der ökonomischen Zunft ein Umdenken statt - immer mehr Volkswirte nehmen auch Verteilungsfragen wieder ernst, wie eine Konferenz des „Forschungsnetzwerks Makroökonomie“ zeigt, die am Wochen-

ende in Berlin stattfand. Auf Einladung der Hans-Böckler-Stiftung diskutierten mehr als 300 Volkswirte über die Zukunft der makroökonomischen Forschung. Die Einkommensverteilung war dabei eines der zentralen Themen. Schließlich ist die Kluft zwischen Arm und Reich vor der Krise massiv gewachsen - vor allem in den USA, aber auch in vielen anderen Industrieländern.

Wenn die Ungleichheit in einer Volkswirtschaft zu groß wird, wird diese instabil, zeigte Michael Kumhof, Vizeabteilungsleiter beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Zusammen mit Kollegen hat er ein makroökonomisches Standardmodell um Verteilungsfragen erweitert.

Anstelle von homogenen Haushalten, die einheitliche Interessen haben, gibt es in diesem Modell Arbeiter und Vermögende.

Kumhofs Forschungsergebnisse zeigen, dass die Einkommensungleichheit in den USA einer der Hauptgründe war für den Zusammenbruch im Jahr 2007. Die Reichen, die vor der Krise immer reicher geworden seien, hätten ihre Überschüsse anlegen müssen, sagt Kumhof - und bei den Armen stets willige Abnehmer gefunden.

Die Finanzmärkte haben sich fast vollends von der Realwirtschaft entkoppelt.

Michael Hudson
University of Missouri

Kumhofs Forschungsergebnisse zeigen, dass die Einkommensungleichheit in den USA einer der Hauptgründe war für den Zusammenbruch im Jahr 2007. Die Reichen, die vor der Krise immer reicher geworden seien, hätten ihre Überschüsse anlegen müssen, sagt Kumhof - und bei den Armen stets willige Abnehmer gefunden.



Bettler vor einer Boutique in New York: Immer mehr Ökonomen nehmen Verteilungsfragen wieder ernst.

„Die Wahrscheinlichkeit für große Krisen steigt dadurch deutlich“, so Kumhof im Handelsblatt-Gespräch. Die Liberalisierung der Finanzmärkte habe diese Spirale der Verschuldung dann weiter angefacht.

Auch der Ökonom Robert Frank von der Cornell University sieht die enorm gestiegene Einkommensungleichheit als einen Grund für die Kreditblase und damit die Finanzkrise: Es sei vor allem der Wunsch der Menschen gewesen, nicht gegenüber den reicheren Schichten zurückzufallen, der den Schuldenboom verursacht ha-

be. Die ärmeren Schichten hätten versucht, ihren Wohlstand mit Hilfe von Krediten zu stabilisieren.

Dieser Mechanismus könne nicht nur eine Erklärung sein für die Krise nach 2007, sondern auch für die Große Depression, argumentierte der Linzer Ökonom Christian Alexander Belabed. „Sich zu verschulden hat damals sein Stigma verloren.“ Viele Haushalte hätten damals begonnen, sich Autos auf Pump zu kaufen.

Tatsächlich waren private Verschuldung und Einkommensungleichheit auch in den USA der

1920er-Jahre massiv angestiegen - genauso wie vor 2007. Diese Sicht stellt die traditionelle Erklärung für die Große Depression infrage. Bislang führen die meisten Volkswirte die Weltwirtschaftskrise meist auf Fehler der Zentralbanken zurück.

Neue BIP-Berechnung gefordert

Besonders kritisiert wird dabei die Rolle der Finanzmärkte: Diese hätten sich fast vollends entkoppelt von der Realwirtschaft, sagte der US-Forscher Michael Hudson von der University of Missouri in Kansas City. Der Ökonom, der als einer der intellektuellen Vordenker der Occupy-Wall-Street-Bewegung gilt, zieht einen historischen Vergleich: „Was im 18. und 19. Jahrhundert die Großgrundbesitzer waren, das sind heute die Finanzmärkte.“

Genau wie diese damals schaffe auch der Finanzsektor heute keine realen Werte, sondern presse der Wirtschaft lediglich Gewinne ab und treibe die Arbeitenden, deren Löhne sinken, in die Verschuldung.

Ob es sinnvoll sein kann, Verteilungsfragen mit dem traditionellen methodischen Werkzeugkasten zu analysieren, zogen in Berlin viele Ökonomen in Zweifel. Sie fordern eher ein ganz neues Paradigma - oder die Rückbesinnung auf Ansätze, die enger der Theorie von John Maynard Keynes folgen.

Nicht nur Kumhof, auch der Berliner Makroökonom Michael Burda verteidigten allerdings die traditionelle Herangehensweise: Bevor man die Methodik komplett über Bord werfe, solle man lieber die bestehende reformieren, forderte Burda, derzeit Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik, der Vereinigung der deutschsprachigen Ökonomen.

Der amerikanische Volkswirt Michael Hudson dagegen forderte eine ganz neue Art der Wohlstandsmessung. In den Statistiken zum Bruttoinlandsprodukt solle künftig getrennt werden zwischen der wahren Wirtschaftsleistung, die die Realwirtschaft erzielt - und der scheinbaren, die in der unproduktiven Finanzwelt entsteht. „Denn die erzeugt keinen Wohlstand, sondern nur Schulden.“

Betriebswirte im Porträt: Der Berliner Forscher Knut Blind erklärt, warum technische Standards und Normen alles andere als langweilig sind

Barbara Gillmann
Berlin

Viel Zeit ließen sich die Chinesen nicht. Kaum war Knut Blinds Habilitation zur ökonomischen Bedeutung von Normen und Standards in der Industrie erschienen, übersetzten sie die Arbeit ins Chinesische. Denn im asiatischen Riesenreich haben Politiker und Unternehmer schon seit längerer Zeit verstanden: Wer in einer Branche die Normen setzt, „der bestimmt die Agenda“, wie Blind sagt.

Der 46-jährige Berliner Professor ist der führende Experte für Standardisierung in Deutschland und Europa - und in Sachen Forschung laut Handelsblatt-Ranking einer der produktivsten Betriebswirte Deutschlands.

Auf sein Forschungsgebiet ist er durch puren Zufall gestoßen: Nach seiner Promotion über die volks-

wirtschaftliche Bedeutung von IT-Sicherheit wechselte er ans Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) nach Karlsruhe. Und dort war gerade ein Auftrag des Deutschen Instituts für Normung (DIN) zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Nutzens der Normung eingegangen - ein Thema, das Blind schnell als „ultraspannend“ erkannte.

Allerdings: „Anders als Patente, um die es seit Jahren einen großen wissenschaftlichen Hype gibt, war das eigentlich nicht unbedingt geeignet für eine Karriere in der Wissenschaft“. Denn Standards waren wissenschaftlich damals terra incognita. Durch Blind hat sich das aber nachhaltig geändert.

Heute residiert der 46-Jährige mit seinem Lehrstuhl für Innovationsökonomie der TU Berlin auf der idyllischen Schleuseninsel,

versteckt hinter dem Bahnhof Zoo, samt rund 15 Mitarbeitern. Zugleich leitet er die Forschungsgruppe „Public Innovation“ beim Fraunhofer Institut für Offene Kommunikationssysteme und hat nebenbei einen Stiftungslehrstuhl für Standardisierung an der Erasmus Universität Rotterdam. Hobbys? „Keine Zeit“, lacht der Vater von vier Kindern.

Sein bedeutendstes Projekt ist derzeit das neue „Deutsche Normungspanel“: Jährliche Befragungen aller relevanten Unternehmen - vom Maschinenbau und der Automobilindustrie bis zu IT und Dienstleistern - und Forschungsorganisationen sollen über die Jahre ein Bild ergeben davon, was

Normungsprozesse treibt und welche Wirkungen Normen auf den Unternehmenserfolg haben.

Denn anders als bei Patenten ist bei einem Standard nicht immer klar, wer wie an der Entwicklung beteiligt war. Allein in Deutschland gibt es zig Gremien, die Normen setzen, weltweit mehrere Hundert.

Wie entscheidend das sein kann, zeigt etwa der GSM-Standard, der einst den Durchbruch für die

europäische Mobilfunkindustrie brachte. Nicht ganz klar ist auch, was der Prozess eigentlich genau kostet - „und noch weniger, was einzelne Unternehmen - in Euro und Cent gemessen - davon haben“, sagt Normen-Forscher



Knut Blind: Der Erforscher der Standards.